

## Gurkhaland und kein Ende?

Kersti Aßmann

Die Geschichte des unabhängigen Indien wird von einer Vielzahl regionaler Bewegungen geprägt. Zu ihnen gehört in der jüngeren Vergangenheit auch die Gurkhaland-Bewegung im Nordosten Indiens, im Distrikt Darjeeling. Diese entwickelte sich besonders Ende der 80er Jahre zu einer neuen Herausforderung für das Konzept der Staats- und Nationenbildung der herrschenden indischen Kräfte.

Im Vielvölkerstaat Indien wurde mit der Erringung der politischen Unabhängigkeit eine Vielzahl der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zusammengefaßt. Das unabhängige Indien übernahm damit das Erbe über ein durch koloniale Expansion zusammengetragenes Gebiet, das in dieser Form und Ausdehnung in vorkolonialer Zeit nie existiert hat. Zu ihm gehörten neben dem ehemaligen Moghulreich und dessen Vasallenstaaten auch größere und kleinere, zuvor unabhängige, Fürstentümer sowie Gebiete, die von der kolonialen Administration kaum erfaßt wurden. Auf die letztgenannten Gebiete, beispielsweise auf viele Randgebiete, die von Stammesbevölkerungen bewohnt wurden, wurde z.T. von seiten verschiedener Fürstentümer bzw. von den Briten ein formaler Herrschaftsanspruch erhoben. Für die Begründer des modernen Indien wie Nehru, Patel und andere stand es außer Frage, die Chance zu nutzen, aus den einmal zusammengefügt Gebieten einen modernen indischen Staat aufzubauen, der nach föderalistischen Prinzipien errichtet werden sollte. Ihre Hoffnung bestand darin, daß im Laufe der sozioökonomischen Entwicklung aus den so unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ein Staatsvolk entsteht, das im modernen Indien seine Heimat sieht. Daß es gerade die von ihnen angestrebte Entwicklung, verbunden mit dem Ziel, rückständige Gebiete und Ethnien an den "mainstream" der Bevölkerung heranzuführen, sein würde, die diesen Prozeß so kompliziert macht, war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1947 nicht abzusehen. Weitaus komplizierter wird das Problem der Staats- und Nationenbildung noch dadurch, daß in einigen Gebieten ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung aus Migranten besteht, die bereits während der Kolonialzeit, aber verstärkt nach 1947 nach Indien einwanderten. Die Auswirkungen dieser Migrationsbewegungen wurden u.a. bei den politischen Ereignissen Mitte der siebziger Jahre in Sikkim und Anfang der 80er Jahre in Assam sichtbar, wo Migranten aus Nepal bzw. aus Bangladesch eine bedeutende Rolle spielten.

Auch in Darjeeling standen und stehen Migranten bzw. deren Nachkommen im Mittelpunkt des Geschehens. Ihre Forderung ist ein eigener Staat innerhalb der Indischen Union: Gurkhaland. Die Gurkhaland-Bewegung, deren Wurzeln bereits Anfang unseres Jahrhunderts zu finden sind, nahm in den 80er Jahren die Form eines militanten Konfliktes an. Besonders von 1986 bis 1988 kam es im westbengalischen Distrikt Darjeeling zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Bewegung und Vertretern der Staatsmacht. Dieser Konflikt

überraschte durch seine Virulenz und war durch einen hohen Grad von Militanz gekennzeichnet. 1988 konnte mit dem Abschluß eines Abkommens, des sog. Gurkha-Accords, eine Beruhigung der Lage im Distrikt Darjeeling erreicht werden. Der Wunsch nach einem eigenen indischen Unionsstaat wird jedoch von den Anhängern der Gurkhaland-Bewegung bis in die Gegenwart in der indischen Presse mit unterschiedlicher Intensität artikuliert.<sup>1</sup>

Im folgenden sollen die Ursachen für die Bewegung, ihre Genesis und die Ereignisse, die zum militanten Konflikt von 1986-88 führten, untersucht werden. Desweiteren wird auf Fragen des Konfliktmanagements, wie Positionen der einzelnen Konfliktpartner, die Rolle der Führer der Bewegung und konfliktverstärkende Faktoren eingegangen. Abschließend sollen die Gründe für die Fortsetzung der Bewegung analysiert werden.

Der Distrikt Darjeeling, der den nördlichsten Teil des indischen Unionsstaates Westbengalen bildet, grenzt im Westen an Nepal, im Norden an den indischen Unionsstaat Sikkim und im Osten an Bhutan und den westbengalischen Distrikt Jalpaiguri sowie an Bangladesh. 1835, als die Briten das Gebiet um die kleine Ansiedlung Darjeeling dem Raja von Sikkim abhandelten, lebten dort lediglich einige Dutzend Brandrodungsfeldbau betreibende Lepchas.<sup>2</sup> Dies änderte sich schnell, als die Briten Darjeeling zum militärischen Stützpunkt und zum Erholungsort, später auch Sommersitz der Regierung ausbauten. Die dafür notwendigen Arbeitskräfte warben sie im benachbarten Nepal an. Nachdem erste Pflanzversuche erfolgreich verliefen, wurden Teeplantagen angelegt. Auch die Plantagenarbeiter kamen zum großen Teil aus dem Nepal. Bereits 1850 betrug die Bevölkerungszahl in Darjeeling 10.000. 1931, nach der Urbarmachung großer Landstücke und der Anlage weiterer Teeplantagen, war die Bevölkerung auf 819.635 angewachsen. Neben den Nepalesen, die 85-90% der Bevölkerung stellten, waren es vor allem Bengalen, die sich in Darjeeling ansiedelten. Sie wurden von den Briten vorzugsweise als Beamte in der Administration, als Lehrer usw. eingesetzt.<sup>3</sup>

Nach dem Zensus von 1981 leben im heutigen Distrikt Darjeeling rund 1 Millionen Menschen.<sup>4</sup> Etwa 90 Prozent sind nepalesischer Abstammung. Aber auch in anderen Gebieten Indiens haben sich Nepalesen angesiedelt, so in Sikkim, wo sie 70 Prozent der Bevölkerung stellen, sowie in allen Staaten Nordostindiens, wie Assam, Meghalaya, Manipur, Arunachal Pradesh usw. Auch viele der Gurkha-Soldaten blieben nach ihrer Ausmusterung in Indien. Sowohl von den Briten, als auch von der indischen Regierung wurde die Ansiedlung der dem Staat loyal gegenüberstehenden Soldaten, insbesondere in Unruhegebieten, gern gesehen und gefördert.

Die Gurkhaland-Bewegung, die 1986-88 einen Höhepunkt erreichte, kam nicht plötzlich, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt durch ihre Virulenz überraschte. Die nepalesischen Migranten in Darjeeling und ihre Nachkommen äußerten sich bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts politisch und stellten erste Forderungen zur Anerkennung und Förderung ihrer ethnischen Gruppe an die britisch-indische Kolonialregierung. Organisationen wie die 1906 gegründete Hill Men's Association, der neben Nepalesen auch Lepchas und Bhotiyas angehörten, stellten Anfang unseres Jahrhunderts erste Autonomieforderungen. Ebenfalls 1906

wurde die Gorkha Samiti gegründet, eine Organisation, deren Ziele die Anerkennung von Nepali als Amtssprache sowie die Pflege der kulturellen Identität der Nepalesen in Darjeeling waren. Mit der All India Gurkha League, die 1943 ins Leben gerufen wurde, war dann ein Organ geschaffen worden, das sich erstmals für die Interessen der Nepalesen in ganz Indien stark machte. 1947 forderte die All India Gurkha League in einem Memorandum an die Verfassungebene Versammlung Indiens umfangreiche Autonomierechte für die Bevölkerung nepalesischer Abstammung in Darjeeling sowie einen Anschluß Darjeelings an die Provinz Assam. Begründet wurde dies damit, daß dort bereits mehr als eine Million Nepalesen lebten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein Memorandum der Kommunistischen Partei Indiens, in dem die Schaffung eines Staates "Gorkhasthan", bestehend aus Darjeeling, dem "halbfeudalen Sikkim und dem sogenannten unabhängigen Staat von Nepal", gefordert wurde.<sup>5</sup> In den 50er Jahren reduzierte die Kommunistische Partei, die besonders unter den nepalesischstämmigen Arbeitern der Teeplantagen eine große Anhängerschaft hatte, ihre Forderungen auf regionale Autonomie. Auch die All India Gurkha League änderte ab 1949 ihre Position und setzte sich für die Gründung einer neuen Provinz: "Uttarakand" ein. Diese sollte aus den nördlichen Distrikten Westbengalens, Darjeeling, Jalpaiguri und Coch Behar sowie Sikkim bestehen. Bis Ende der 70er Jahre blieben die Aktivitäten der All India Gurkha League dann mehr auf die Anerkennung von Nepali als Amtssprache konzentriert. 1980 wurde in Darjeeling von dem ehemaligen Unteroffizier der Indischen Armee und Schriftsteller Subash Ghising die Gurkha National Liberation Front gegründet. Ihre Hauptforderung bestand in einem eigenen Staat innerhalb der Indischen Union: Gurkhaland. Neben anderen strömte ihr ein großer Teil von All India Gurkha League Anhängern zu, die mit dem liberalen, regierungskonformen Kurs ihrer Organisation unzufrieden waren.

Die Ursachen für die sozialen und politischen Bewegungen der Nepalesen sind vielfältig. Viele Nepalesen sprechen von einer Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bengalen, ja sogar von "internem Kolonialismus". Tatsache ist, daß ein Großteil der Nepalesen in Darjeeling auch heute noch zu den sozial niedrigeren Schichten der Gesellschaft gehört, d.h. sie stellen einen Großteil der Teearbeiter, Kulis, Tagelöhner, einfachen Bauern und Landarbeiter. Die meisten der sog. *white colour jobs* (Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte usw.) dagegen, werden traditionell von Bengalen ausgeübt. Auch die Mehrheit der Geschäfte und Hotels liegt in den Händen von Bengalen oder wird von anderen Geschäftsleuten aus der Ebene betrieben. Tatsache ist aber auch, daß sich in den vergangenen Jahrzehnten unter den Nepalesen in Darjeeling eine Mittelklasse herausgebildet hat, die dementsprechend höhere Ansprüche an die Zukunft stellt als die vorhergehenden Generationen. Besonders junge, gut ausgebildete Nepalesen stoßen mit ihren Forderungen nach adäquaten Arbeitsplätzen in der Verwaltung, in Schulen usw. auf eine bengalische Bevölkerungsschicht, die diese Arbeitsplätze traditionell für sich in Anspruch nimmt. Eines der Argumente der Nepalesen ist demzufolge, daß ihnen die Bengalen die besten Arbeitsplätze wegnehmen. Ein weiteres Argument hängt mit den drei Hauptindustriezweigen zusammen, den drei "T" (Tea, Trees, Tourism). Viele Nepalesen vertreten die Ansicht, daß Westbengalen durch die Teeindustrie, den Tourismus und die Abholzung der

Wälder Darjeelings hohe Einnahmen hat, jedoch zu wenig davon nach Darjeeling zurückfließt. Hinzu kommt ein weiteres, mehr ethnopsychisch bedingtes, Argument. Viele Nepalesen fühlen sich durch die Bengalen verachtet und werden dies z.T. auch, wie Fallstudien zeigen.<sup>6</sup>

Das Bild von den Bengalen als Vertreter einer "Kulturnation" und den Nepalesen als den zu "Entwickelnden" hat unter den Bedingungen der Konfrontation doppeltes Gewicht. Ein kleiner Teil der in Darjeeling ansässigen Nepalesen gehört tatsächlich zu den, entsprechend der indischen Verfassung zu fördernden, "registrierten Kasten". Insgesamt gesehen, setzt sich die Bevölkerung nepalesischer Abstammung aus Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft zusammen, wie Limbu, Rai, Newar und Gurung. In Indien bezeichnen sie sich jedoch häufig nur als Nepalesen oder Gurkhas. Die Zahl der Immigranten aus Nepal hat seit 1947 noch bedeutend zugenommen, so daß sich der Bevölkerungsdruck erheblich verstärkt hat. Folglich erhöhte sich der Druck auf den Arbeitsmarkt, und Spannungen zwischen den alteingesessenen und den neu hinzu gekommenen Immigranten, die z.B. oftmals bereit sind, für niedrigste Löhne zu arbeiten, entstanden.

Der eigentliche Anlaß für das Entstehen der Gurkhaland-Bewegung Anfang der 80er Jahre und den Ausbruch des Konflikts 1986 bildeten zwei außerhalb Westbengalens stattfindende Ereignisse. Das war zum einen die Anti-Ausländerkampagne Ende der 70er Jahre in Assam, die nach Abschluß des sog. Assam-Accord 1985 auch mit der Ausweisung von Nepalesen aus Assam verbunden war, und 1985/86 die Vertreibung Tausender Nepalesen aus Meghalaya. In Meghalaya wie auch in Assam waren es Studenten, die im Vorfeld von Wahlen eine Kampagne gegen Ausländer begonnen hatten. Tausende Nepalesen wurden überraschend auf ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis hin kontrolliert und innerhalb weniger Stunden aus Meghalaya ausgewiesen. Viele der Ausgewiesenen verloren bei diesen Aktionen nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch ihre gesamte Habe. Teilweise handelte es sich bei ihnen um bereits in Indien geborene Nepalesen. Sie suchten nun, in anderen Gebieten Indiens wie z.B. in Darjeeling, aber auch in Bhutan unterzukommen. Andere wurden ohne Überprüfung der Staatsbürgerschaft "heim" nach Nepal gesandt. 1987 wurden erneut Nepalesen aus Meghalaya ausgewiesen.<sup>7</sup>

Ein häufiger Grund für die Abschiebung ist das Fehlen einer für viele Gebiete Nordostindiens, darunter auch für Meghalaya, notwendigen Aufenthaltserlaubnis. Große Teile Nordostindiens dürfen von Ausländern, aber auch von Indern aus anderen Unionsstaaten nur mit einer speziellen Genehmigung betreten werden. Nepalesische Migranten ignorieren diese Notwendigkeit oft und wandern illegal in diese Staaten ein.

Besonders für die politisch aktiven Nepalesen waren die Ausweisungen ein Zeichen für die Unsicherheit des Rechtsstatus der Nepalesen in Indien. Die radikaleren von ihnen sahen in einem eigenen Staat innerhalb der Indischen Union, eben Gurkhaland, die einzige akzeptable Lösung für ihr Problem. Diese Forderung war auch schon von der All India Gurkha League artikuliert worden. Ende der 70er Jahre spaltete sich die All India Gurkha League in zwei Fraktionen, eine, die sich weitgehend mit der Politik der Kongreßpartei identifizierte und sich mit dem Status quo zufrieden gab, und eine, die das Problem der Nepa-

lesen in Indien mit einem eigenen Staat zu lösen hoffte. Dieser Fraktion, die zu diesem Zeitpunkt von Madan Tamang angeführt wurde, schlossen sich auch Organisationen der Nepalesen in Indien wie der Pranta Parishad, die Prantiya Morcha und die Gurkha National Liberation Front an. Am 3. April 1980 richtete der Pranta Parishad eine Pediton an den Premierminister Indiens, in der ein eigener Staat für die Nepalesen innerhalb Indiens gefordert wurde. Dieselbe Forderung wurde am 8. August 1980 von der Gurkha National Liberation Front (im folgenden GNLF) erneuert.<sup>8</sup>

Die GNLF entwickelte sich Anfang der 80er Jahre zum aktivsten Interessenvertreter der Nepalesen in Darjeeling. Sie nutzte die oben erwähnten Ereignisse in Assam und Meghalaya für ihre Agitation und betonte, daß solche Ausweisungen auch jederzeit für die in Darjeeling ansässigen Nepalesen möglich seien. Ihr Gründer S. Ghising verwies auf den unsicheren Status der Nepalesen in Indien, wo sie "Fremdarbeiter" bzw. "Bürger 2. Klasse" seien. Nach Ansicht der GNLF müsse zwischen "Nepalesen", die zeitweilig aus Nepal immigrieren und dann wieder nach Nepal zurückgingen, und "Gurkhas", die zwar nepalesischer Herkunft seien, aber permanent in Indien leben und indische Staatsbürger seien, unterschieden werden. Um für die Gurkhas endlich eine Rechtssicherheit zu schaffen, müsse ein Gurkhastaat innerhalb der Indischen Union geschaffen werden.

Besonders in der Anfangsphase der Gurkhaland-Bewegung wurde der Artikel 7 des Indisch-Nepalesischen Freundschaftsvertrages von 1950 kritisiert. Dieser Artikel beinhaltet, daß die Bürger des jeweils anderen Staates das Recht haben, sich frei im Nachbarland zu bewegen, anzusiedeln, Eigentum zu erwerben und Handel zu treiben. Sie werden jedoch nicht als Bürger des jeweils anderen Staates anerkannt und haben kein Wahlrecht.<sup>9</sup> S. Ghising sah in diesem Artikel die Ursache allen Übels und verlangte die Revision des Indisch-Nepalesischen Vertrages. Außerdem sollte Nepali, das er jedoch als Gurkhali bezeichnete, als eine der Hauptsprachen Indiens anerkannt und in die indische Verfassung aufgenommen werden. Die GNLF begann ihre Agitation, indem sie 1986 die nepalesischstämmige Bevölkerung aufrief, keine Steuern an den Staat zu zahlen, gesamtindische Festtage zu boykottieren, an Streiks teilzunehmen usw.

Die Gurkhaland-Bewegung fand in Darjeeling schnell Anhänger. Die GNLF entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit zu einer Massenorganisation, die in verschiedene Unterorganisationen gegliedert war. Dazu gehörten Jugend-, Frauen-, Ex-Servicemen-, Plantagenarbeiter-, Lehrer- und Gewerkschaftsorganisationen. Besonders die Ereignisse 1985/86 in Meghalaya, die zur Ausweisung tausender Nepalesen aus diesem Unionsstaat führten, hatten zu einer Politisierung der nepalesischstämmigen Bevölkerung beigetragen. Hinzu kam die geschickte Argumentation S. Ghising, der die vorhandene Unzufriedenheit vieler Nepalesen in Darjeeling mit ihrem sozialen und politischen Status ausnutzte. Er zog mit einer Vielzahl von Versprechungen einen großen Teil der nepalesischen Bevölkerung Darjeelings auf seine Seite. So wurde allen hochbezahlte Arbeit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse versprochen, sobald Gurkhaland realisiert sei. Im gleichen Zuge wurde jedoch auch massiver Druck auf die nepalesischstämmige Bevölkerung ausgeübt, sich an der Agitation zu beteiligen. Bei Nicht-

beteiligung wurden Strafgeelder eingezogen bzw. Gewalt angedroht und auch angewendet. Für die GNLF wurden bei der Bevölkerung "Spenden" gesammelt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Position der etwa 16.000 Lepchas, der "Ureinwohner" Darjeelings. Die Mehrheit der Lepchas sah in einem separaten Gurkhastaat keine Vorteile für sich, sondern fürchtete eher einen Identitätsverlust. Einige politisch aktive Lepchas wurden in der Lepcha Association, die sich u.a. für den Gebrauch der Lepcha-Sprache in Grundschulen einsetzte, aktiv. Zur Gurkhaland-Forderung wurde u.a. folgende Position bezogen: "Thus, none of the original inhabitants of Darjeeling have any interest in the current GNLF agitation, which is being conducted by a people who came as job seekers and are now being fed with the gossip that the land belonged to them and had been ceded to the British". Die GNLF drohte den Lepchas daraufhin mit "fürchterlichen Konsequenzen".<sup>10</sup>

Die Regierung reagierte auf die sich ausweitende Agitation mit Verboten von Veranstaltungen und Verhaftungen. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei auf verbotenen Kundgebungen wurden im Mai und Juli 1986 21 Nepalesen getötet. Dadurch spitzte sich die Lage in Darjeeling zu. Die GNLF hatte neue Argumente und ihr Führer S. Ghising erklärte: "Gurkhaland is now the only solution to the question of a clear Indian identity. There is no alternative... If you kill our people, then our people will give a fitting reply. We are a martial race."<sup>11</sup>

Vor allem in der Anfangsphase der Gurkhaland-Agitation kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen GNLF-Anhängern und Anhängern der Communist Party of India (Marxist) (im folgenden CPI(M)). Westbengalen wird von einer Koalition linker Parteien regiert, in der die CPI(M) die Führung inne hat. Auch in den Gewerkschaften der über 80.000 nepalesischen Teeplantagenarbeiter Darjeelings hat die CPI(M) traditionell großen Einfluß. Viele CPI(M)-Anhänger nepalesischer Abstammung fühlten sich demzufolge verpflichtet, die Politik ihrer Partei und damit der westbengalischen Staatenregierung zu vertreten und sich somit notgedrungen gegen die Gurkhaland-Forderung zu stellen. Die Konfrontation zwischen ihnen und Anhängern der GNLF äußerte sich u.a. darin, daß bereits in der Anfangsphase des Konflikts von GNLF-Anhängern mehrere Dutzend Kommunisten getötet wurden. Diese setzten sich im Gegenzug zur Wehr und töteten ihrerseits GNLF-Anhänger.

Mit Beginn des Jahres 1987 verstärkte sich die Militanz der Bewegung. Die GNLF rief zum Boykott von Wahlen auf, Streiks wurden organisiert, die Straßen in die westbengalische Ebene gesperrt. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Steuerzahlungen an die Regierung einzustellen. Offen wurden im indischen Dienst stehende Gurkha-Soldaten zum Desertieren aus der Armee ermuntert und Waffen, von der Schrotflinte über Handgranaten bis zum Maschinengewehr, angeschafft. Ein großes Potential an erfahrenen Soldaten stand der GNLF auch mit den etwa 40.000 ehemaligen Gurkha-Soldaten zur Verfügung, die im Distrikt Darjeeling leben. Der 22 Mann starke Vorstand der GNLF bestand zum großen Teil aus ehemaligen Soldaten. Durch die Sprengung von Brücken und die Zerstörung bzw. Sperrung der wenigen Straßen, die in die Ebene führten, versuchte die GNLF die Lostrennung Darjeelings von Westbengalen zu forcieren. Erste Schritte zur Gründung einer eigenen Regierung wurden unternommen. In einigen Gebieten, so beispielsweise in Kalimpong, existierten eigene "Gerichte", in

denen Opponenten abgeurteilt, aber auch private Dispute geschlichtet wurden, sowie Gefängnisse. "Steuern" für Gurkhaland wurden eingenommen usw.

Im Juli 1987 wurden erstmals Verhandlungen zwischen der GNLF und der indischen Zentralregierung aufgenommen, in die ab September auch die Staatenregierung Westbengalens einbezogen wurde. Das Zentrum unterstrich dabei seinen Willen, keinen separaten Gurkhastaat zuzulassen, stellte jedoch die Anerkennung der indischen Staatsbürgerschaft für die etwa 900.000 in Darjeeling lebenden Nepalesen sowie die Einführung eines regionalen autonomen Rates in Darjeeling in Aussicht. Diese Angebote der Regierung wurden jedoch insbesondere von den "hardlinern" der GNLF, wie den sog. Gurkha National Liberation Tigers, abgelehnt. Sie vertraten die Ansicht, daß eine Annahme der Regierungsangebote Verrat bedeute und bestanden auf einem separaten Gurkhastaat. Der Vorsitzende der GNLF S. Ghising erklärte dazu, daß er persönlich verhandlungsbereit sei, aber er keine Gewalt mehr über seine Leute habe.

Ende 1987 kam es erneut zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der GNLF und der Polizei. Die westbengalische Regierung setzte das Anti-Terroristen-Gesetz in Kraft und versuchte, mit paramilitärischen Einheiten Herr der Lage zu werden. Der Sekretär für Inneres der westbengalischen Regierung N. Krishnamurti erklärte dazu: "Whatever be the stage of negotiations, we are going to ensure that the right of the administration remains. The GNLF militants cannot be allowed to go unchallenged."<sup>12</sup>

Die Verhandlungen zwischen der GNLF, der Staatenregierung und der Zentralregierung wurden Ende 1987 und Anfang 1988 mehrmals unterbrochen. Nach einer Reihe von Verhaftungen von aktiven GNLF-Mitgliedern, erklärten einige der GNLF-Führer, daß sie ihren Kampf im Untergrund weiterführen würden. Für die Regierung war streckenweise kein Verhandlungspartner greifbar. Der stellvertretende GNLF-Führer B.B. Gurung erklärte: "West Bengal has declared war on us and our men are only acting in self defence". S. Ghising brach Ende Januar die Verhandlungen unter dem Vorwand, Delhi sei nicht auf die Gurkhaland-Forderung der GNLF vorbereitet, vollständig ab. Neben dem von ihm genannten Vorwurf an die Zentralregierung gab es von Seiten der GNLF weitere Gründe für einen Abbruch der Verhandlungen. Die Verhandlungsposition der GNLF war im Januar 1988 nicht günstig. Zwar hatte die GNLF während der Verhandlungen das Angebot für einen eigenen autonomen Rat in Darjeeling erhalten, innerhalb der GNLF herrschte jedoch Uneinigkeit über die weitere Verhandlungsstrategie. Viele der GNLF-Führer und -Anhänger waren der Ansicht, daß sie mit den militärischen Aktionen erfolgreich seien und noch mehr erreichen könnten. Sie hofften, mit einer Fortführung ihrer Aktionen doch noch einen eigenen Staat zu erzwingen. Ungünstig für die GNLF war, daß sie als terroristische Organisation galt und damit auch ihr Aktionsradius eingeschränkt war. Hinzu kam ein nicht unwesentlicher Faktor. Während der Verhandlungen Ende 1987 und Anfang 1988 hatte eine Reihe von der GNLF oppositionell gegenüberstehenden Gruppen ihre Ansprüche zur Teilnahme bei den Verhandlungen angemeldet. So sandte beispielsweise eine Gruppe um einen der ehemaligen GNLF-Führer, L.T. Dong, ein Telegramm an den westbengalischen Chefminister J. Basu, in dem es u.a. hieß: "Mr. Subhas Ghising does not represent solely the aspirations of the Gorkhas of the Darjeeling hill area." Von westbenga-

lischen Politikern wurden diese Forderungen nach Beteiligung anderer Gruppen an den Verhandlungen auch aufgegriffen und in der Hoffnung, die Position der GNLF damit zu schwächen, in ihre Verhandlungsstrategie einbezogen. Eine Fortführung der Verhandlungen hätte für S. Ghising und die GNLF also zusätzlich zur Folge gehabt, sich zunächst mit gemäßigten nepalesischen Gruppen auseinandersetzen zu müssen und Gefahr zu laufen, ihren elitären Führungsanspruch in Darjeeling zu verlieren. Unter diesen Aspekten sollte auch die Tatsache gewertet werden, daß die 14köpfige GNLF-Delegation, die Ende Januar zu Verhandlungen nach Neu Delhi kam, überraschenderweise aus 9(!) Frauen, davon 8 vom GNLF Women's Wing, bestand. Abgesehen davon, daß ein Großteil der bedeutenden männlichen GNLF-Führer in den Untergrund gegangen war, stellt sich die Frage, ob S. Ghising bereits vor den Verhandlungen davon ausgegangen war, daß es zu keinen substantiellen Ergebnissen kommen würde.<sup>13</sup>

Dem Abbruch der Verhandlungen Ende Januar folgten schwere militärische Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen der GNLF und paramilitärischen Einheiten der Staatenregierung. Dabei kam es zu großen Verlusten auf beiden Seiten. Durch den Tod bekannter GNLF-Führer wurde die anti-bengalische Stimmung unter den GNLF-Anhängern verstärkt und eine Eskalation der Gewalt folgte. Armee- und Polizeikonvois wurden durch Minen und Maschinengewehrfeuer gestoppt. Bombenanschläge wurden auf öffentliche Gebäude verübt. In Kalimpong und Kurseong wurden Regierungsgebäude gesprengt. Regierungsbeamte und Polizeistationen wurden angegriffen. Ein 40tägiger Generalstreik verschärfte die Situation in Darjeeling zusätzlich. Das gesamte soziale und politische Leben Darjeelings sowie die Ökonomie wurde quasi lahmgelegt. Zehntausende Menschen flüchteten vor den militärischen Auseinandersetzungen nach Nepal, nach Sikkim oder in andere indische Unionsstaaten. Viele Bengalen wurden aus Darjeeling vertrieben. Die GNLF forderte alle anderen Parteien, die im Raum Darjeeling etabliert waren, auf, ihrem Kurs zu folgen. Andernfalls wurde Gewalt angedroht und diese auch gegen Gegner und Kritiker der Bewegung angewendet. Auf Wohnhäuser von Führern anderer politischer Organisationen der Nepalesen wie M. Tamang (Pranta Parishad) und S. Gurung (All India Gurkha League), die der GNLF kritisch gegenüberstanden, wurden z.B. Brandanschläge verübt. Im März 1988 forderte S. Ghising die westbengalische Regierung auf, das Anti-Terroristen-Gesetz zurückzunehmen, die paramilitärischen Truppen aus Darjeeling abzuziehen und die inhaftierten GNLF-Anhänger freizulassen. Andernfalls drohte er mit einem "final war".

Auch das indisch-nepalesische Verhältnis wurde stark belastet. Wiederholt waren indische Polizei-Einheiten bei der Suche nach sich zurückziehenden GNLF-Kämpfern auf nepalesisches Territorium vorgedrungen. Politiker wie der Chefminister Westbengalens J. Basu beschuldigten Nepal, GNLF-Anhängern Unterstützung und Unterkunft zu gewähren. Nepal wies die Vorwürfe zurück und protestierte energisch.

Mitte April tauchten in Darjeeling neben anti-bengalischen auch anti-indische Parolen auf, wie "If we can fight against Bengal - we can fight against India too" oder "If the police actions don't stop - we leave India".<sup>14</sup> Die Aktionen der in den einzelnen Gebieten Darjeelings agierenden GNLF-Gruppen erweckten bei Beobachtern den Eindruck, daß die Bewegung sich teilweise im Stadium der



Perpeduierung befand bzw. unkontrolliert und führerlos sei; die Gruppen (besonders im Raum Kalimpong) agierten unabhängig von der Führungsgruppe und waren für diese zeitweise nicht mehr erreichbar. S. Ghising erklärte im Juni, daß er die Bewegung den "hardlinern" überlassen werde, wenn nicht auf seine Forderungen eingegangen werde.

Sowohl für die Regierung Westbengalens als auch für die indische Zentralregierung war eine ernst zu nehmende, in gewissem Grade sogar gefährliche Situation entstanden. Zu Beginn des Jahres 1988 drohte die Gurkhaland-Bewegung in eine secessionistische Bewegung überzugehen. Drohungen von GNLF-Anhängern, sich vollständig von Indien abzuspalten, wurden immer lauter. Dies gewann durch zwei Fakten besonderes Gewicht. Erstens war das Konfliktgebiet aufgrund seiner geographischen Bedingungen schwer zu kontrollieren. Es ist sehr bergig. Die Möglichkeiten, in das Konfliktgebiet zu gelangen, sind begrenzt; es gibt nur drei Zufahrtsstraßen. Außerdem ist Darjeeling von Indien aus das einzige Zugangsgebiet zum nördlichen, an der chinesischen Grenze liegenden, Sikkim. Zweitens stand den Regierungstreitkräften mit den Gurkhas ein ernstzunehmender Gegner gegenüber, der über ausgezeichnete militärische Kenntnisse verfügte.

Als konfliktverstärkend wirkten sich, besonders in der Anfangsphase, Fehleinschätzungen bzw. Fehlmanagement des Konfliktes von Seiten der westbengalischen Staatenregierung und der indischen Zentralregierung aus. Die von der CPI(M) geführte Regierung Westbengalens sah in der Gurkhaland-Forderung vorwiegend einen Angriff auf den westbengalischen Staat. Die Zuspitzung der Lage in Darjeeling wurde von ihr besonders in der Anfangsphase ignoriert. Die Verunsicherung der nepalesischstämmigen Bevölkerung über ihren politischen Status, aber auch die neue soziale Entwicklung, verbunden mit der Unzufriedenheit großer Bevölkerungsteile über ihre soziale Stellung, wurde unterschätzt. Der daraus erwachsenen Gurkhaland-Bewegung stand die Regierung äußerst ablehnend gegenüber. Dies war umso verwunderlicher, da es gerade die CPI(M) war, die sich selbst kontinuierlich für Autonomieregelungen in den Berggebieten von Darjeeling eingesetzt hatte. So hatte die CPI(M) z.B. 1967 und 1981 innerhalb der Staatenversammlung Westbengalens Vorschläge für die Einführung regionaler Autonomie in den Berggebieten Darjeelings eingebracht. Auch während der Wahlkämpfe war das Thema wiederholt in den Vordergrund gerückt worden. Nachdem die CPI(M) 1982 auch im Distrikt Darjeeling die Wahlen gewonnen hatte, sah sie in der Gurkhaland-Forderung eine Gefahr für ihre eigenen Entwicklungskonzepte. Diese bestanden in umfassender Entwicklung der Berggebiete und regionalen Autonomieregelungen. Die Gurkhaland-Bewegung wurde zunächst nur beobachtet. Mitte der 80er Jahre ging die Staatenregierung dazu über, in Veröffentlichungen nachzuweisen, daß die Forderungen der nepalesischstämmigen Bevölkerung nach einem eigenen Staat nicht berechtigt seien und daß es sich bei der GNLF um eine kleine isolierte Gruppe handele. Sie setze sich aus "antisozialen Elementen" zusammen, die die Verunsicherung der nepalesischen Bevölkerung in Darjeeling infolge der Ereignisse in Assam und Meghalaya für ihre "antinationalen und separatistischen" Ziele ausnutze. Diese Gruppe würde der Bevölkerung weismachen, daß man mit einem eigenen Staat alle bestehenden Probleme lösen könne. Um die Unseriösität der GNLF zu beweisen, wurden

Streitigkeiten und Diskrepanzen innerhalb der Organisation vordergründig dargestellt. Offen wurde auch erklärt, daß die GNLF kein Verhandlungspartner für die Staatenregierung sei. Noch im Oktober 1986 hatte der Vorsitzende der Linksfront Westbengalens Mukherjee erklärt: "Gespräche mit diesen Leuten kommen nicht in Frage".<sup>15</sup> In der Presse wurde verbreitet, daß es sich bei den GNLF-Mitgliedern um "Unruhestifter" handele, die mit terroristischen Gruppen aus anderen Unruhegebieten Indiens zusammenarbeiteten. Auch das zur Erklärung von Konflikten innerhalb Indiens häufig gebrauchte Argument, ausländische Kräfte, in diesem Fall chinesische und nepalesische, seien am Werke, wurde in Umlauf gebracht.<sup>16</sup>

Durch diese anfängliche ablehnende und kriminalisierende Haltung der Staatenregierung gegenüber der GNLF wurden die Möglichkeiten für einen Dialog erschwert. Statt mit der GNLF und anderen Organisationen einen Konsens und Wege zur Verbesserung der Situation der nepalesischstämmigen Bevölkerung zu suchen, konzentrierte sich die Staatenregierung bis Mitte 1987 auf eine Verurteilung der GNLF bzw. der Gurkhaland-Bewegung insgesamt. So fand im September 1986 in Calcutta ein Treffen von Führern verschiedener politischer Parteien statt, die in einer abschließenden Erklärung die Gurkhaland-Bewegung als gefährliche separatistische Bewegung verurteilten. Die GNLF war dazu nicht geladen. Selbst im Januar 1987 erklärte die westbengalische Staatenregierung, daß sie nicht bereit sei, sich mit Ghising oder anderen GNLF-Führern an den Verhandlungstisch zu setzen. Vorher müßten diese erst offiziell ihre Forderung nach einem separaten Staat zurücknehmen sowie auf Gewalttätigkeiten verzichten. Dieser Standpunkt wurde dann Mitte Januar nach Gesprächen zwischen dem indischen Premierminister R. Gandhi und dem westbengalischen Chefminister J. Basu modifiziert. Es wurde erklärt, daß neben anderen Parteien auch die GNLF zu Gesprächen über ökonomische, soziale und politische Probleme in den Berggebieten Darjeelings zugelassen werden sollte, wenn diese zuvor die Gurkhaland-Forderung zurücknähme.<sup>17</sup>

Das Beharren auf der Erfüllung von Vorbedingungen und der Versuch, mit Polizeieinsätzen und Verboten von Demonstrationen die Lage in Darjeeling wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, weist auf eine Fehleinschätzung der Gurkhaland-Bewegung hin, die zu diesem Zeitpunkt bereits einen hohen Grad von Militanz erreicht hatte, und der GNLF, die sich zu einer nicht mehr zu unterschätzenden Massenorganisation entwickelt hatte. Die GNLF hatte innerhalb kurzer Zeit erreicht, daß ein Großteil der nepalesischstämmigen Bevölkerung von der Berechtigung ihrer Forderungen überzeugt war und sie, freiwillig oder gezwungenermaßen, unterstützte. Die Ignorierung der Forderungen und die Ablehnung der GNLF als Verhandlungspartner sowie der Einsatz von Polizei und paramilitärischen Einheiten gegen die Anhänger der Gurkhaland-Bewegung wirkte sich letztendlich gegenteilig aus und verstärkte die Position der GNLF. Auflösungen von Versammlungen und Demonstrationen, Verhaftungen von GNLF-Führern usw. dienten als Beweis, daß man von der westbengalischen Regierung keine Lösung des Problems oder Unterstützung erwarten könne. Bei Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht Getötete wurden zu Märtyrern.

Auch die Haltung der indischen Zentralregierung war in der Anfangsphase des Gurkhaland-Konflikts von einer gewissen Untätigkeit und Beobachtung der

Situation gekennzeichnet. Wie auch in der indischen Presse betont wurde, schien die Politik der Zentralregierung zeitweilig stark von wahltaktischen Manövern der regierenden Kongreß(I)-Partei geprägt zu sein. Dadurch wurde in der Anfangszeit ein gemeinsames Handeln mit der von der CPI(M) geführten Staatenregierung Westbengalens gegenüber der Gurkhaland-Bewegung verhindert, was sich konfliktverschärfend auswirkte.

Bei näherer Betrachtung der Politik der Zentralregierung gegenüber der westbengalischen Staatenregierung ist festzustellen, daß hier eine ambivalente Haltung zum Ausdruck kam. Einerseits wurde der Staatenregierung Unterstützung bei der Lösung des Gurkhaland-Problems zugesagt und sie in ihrem Handeln bestärkt (bezüglich *law and order*, Einsatz von paramilitärischen Einheiten). Andererseits wurden Entscheidungen der Staatenregierung, insbesondere aber der CPI(M) scharf kritisiert. So stufte die Zentralregierung unter R. Gandhi die Gurkhaland-Bewegung anfänglich ebenfalls als "antinational" ein und erklärte, daß es für eine Teilautonomie, wie sie ursprünglich von der CPI(M) gefordert worden war, keine Verfassungsgrundlage gebe. Kurz darauf wurde die Gurkhaland-Bewegung von der Zentralregierung jedoch als legal und berechtigt anerkannt und sogar die Gewährung regionaler Autonomie in Aussicht gestellt. R. Gandhi übte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an der westbengalischen Regierung und warf ihr vor, durch ihre Unfähigkeit, die Probleme in den Bergen zu lösen, den Konflikt herbeigerufen zu haben.

Von der GNLF wurde die im September 1986 in Darjeeling und in Calcutta von R. Gandhi öffentlich geäußerte Kritik gegenüber der westbengalischen Regierung als Unterstützung für die Gurkhaland-Bewegung ausgelegt. Die Ansicht, daß nur das Zentrum das Gurkhaland-Problem lösen könne, festigte sich dadurch.

Ähnlich wie von der westbengalischen Staatenregierung wurde die GNLF, resp. S. Ghising, auch von der Zentralregierung als Verhandlungspartner zum Teil unterschätzt. So wurden beispielsweise am 25.1.1988 noch vor Beginn von Verhandlungen mit einer GNLF-Delegation in Delhi offizielle Erklärungen der Regierung über "substantielle Fortschritte" an die Presse weitergegeben. Dies, obwohl S. Ghising vor Beginn der Verhandlungen bekanntgegeben hatte, daß er keinesfalls von der Gurkhaland-Forderung abweichen würde. Die Verhandlungen mußten dann auch ergebnislos abgebrochen werden.<sup>18</sup>

Ende Juni 1988 wurden die seit Januar 1988 unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen, nachdem der Chefminister Westbengalens J. Basu veranlaßt hatte, daß mit dem Abzug der paramilitärischen Einheiten aus Darjeeling begonnen wurde. Außerdem hatte er die Freilassung der im Rahmen des Anti-Terroristen-Gesetzes verhafteten GNLF-Anhänger zugesagt. Trotzdem kam es in vereinzelten Gebieten, so z.B. im Gebiet von Kalimpong, immer wieder zu Kämpfen zwischen GNLF-Gruppen und paramilitärischen Einheiten.

Nach intensiven Verhandlungen konnte am 22. August 1988 der sog. Gurkha Accord unterzeichnet werden. Er beinhaltete die Schaffung des "Darjeeling Gorkha Hill Council", durch den die nepalesischstämmige Bevölkerung Darjeelings weitgehende Autonomierechte erhalten sollte. Im Einflußbereich des Council lagen die Unterdistrikte Darjeeling, Kurseong, Kalimpong sowie Teile Siliguris. Die Autonomie erstreckte sich auf weitgehende Rechte der Exekutive

und umfaßte Gebiete wie Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Gesundheitswesen, Transport, Ausbildung und Kleinindustrie. Der Council sollte insgesamt 42 Mitglieder haben. Davon sollten 28 gewählt und 14 laut Abkommen von der Staatenregierung festgelegt werden. Desweiteren beinhaltete das Abkommen die Rücknahme der Forderung der GNLF nach einem separaten Staat sowie eine Amnestie für inhaftierte GNLF-Anhänger und die Abgabe der von ihnen genutzten Waffen.

Das Abkommen brachte zunächst eine Beruhigung der Situation in den Bergen Darjeelings und schien eine für alle Seiten akzeptable "Lösung" des Konflikts zu sein. Die Kampfhandlungen wurden eingestellt und die Bevölkerung fand zur Normalisierung ihres sozialen Lebens zurück. Das Abkommen wurde von allen Seiten begrüßt und als Erfolg gewertet. Von der Mehrheit der nepalesischstämmigen Bevölkerung Darjeelings wurde es als Sieg gefeiert. Für viele Nepalesen waren die von der GNLF heraufbeschworenen Aktionen traumatisch, und sie waren froh über die Beendigung der Kampfhandlungen. Es waren zwischen 1986 und 1988 nicht nur Hunderte Menschenleben zu beklagen. Viele der Nepalesen, aber auch viele Bengalen und Angehörige anderer Ethnien hatten ihr Hab und Gut verloren und lebten z.T. in Flüchtlingslagern außerhalb Darjeelings. Allein Sikkim hatte 15.000 Flüchtlinge aufgenommen. Andere hatten durch die zerrüttete Wirtschaft finanzielle Einbußen erlitten. Besonders die Teeindustrie und die Tourismusbranche waren betroffen. Tausende Gebäude waren zerstört. Mit dem Abkommen erhofften sich viele Nepalesen eine Verbesserung ihrer Lage.

Auch die Mehrheit der Anhänger und Führer der GNLF sah in dem Abkommen einen Erfolg. Die Militanz des Gurkhaland-Konfliktes hatte im Juni 1988 ein Niveau erreicht, das als unmittelbar vor einem Bürgerkrieg stehend zu bezeichnen ist. Die GNLF hatte sich innerhalb kürzester Zeit zu einer Organisation entwickelt, die den Anspruch erhob, alleiniger Interessenvertreter der nepalesischstämmigen Bevölkerung zu sein. Diesen Anspruch setzte sie mit allen Mitteln, auch mit militärischer Gewalt, Zwang und Liquidierung von Gegnern oder Abtrünnigen durch. Infolge des schnellen Wachstums dieser Organisation wurde sie zu einem Konglomerat verschiedener politischer Gruppierungen, deren Vertreter freiwillig oder aber auch zwangsweise der GNLF beitraten. Diese vertraten oftmals sehr unterschiedliche Positionen bezüglich der Lösung des Problems der Nepalesen in Indien, die von liberal bis extrem militant und separatistisch reichten.

Das führte z.T. zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen innerhalb der GNLF. Von 1986 bis 1988 bestimmten zum überwiegenden Teil die militanten Kräfte das Geschehen und setzten ihre extremen Ansichten durch. Eine zentrale Rolle spielte S. Ghising, der Gründer und Vorsitzende der GNLF. Er war mit einer gewissen Bauernschläue an die Problematik herangegangen. Besonders für die westbengalischen Politiker und die Zentralregierung war er aufgrund seiner unorthodoxen Taktik kaum berechenbar. Geschickt versuchte er immer wieder die politische Kontroverse zwischen westbengalischer Staatenregierung und Zentralregierung für seine Zwecke zu nutzen und beide gegeneinander auszuspielen, was ihm zum Teil auch gelang. Auch seine Rolle innerhalb der GNLF war nicht immer transparent. Zeitweilig erweckte er

den Eindruck, die Führung der GNLF aus den Händen zu verlieren. Möglicherweise gehörten jedoch Drohungen, die GNLF könne in die Hände der militanten "hardliner" übergehen, zu seiner Taktik, um damit Druck auf seine Verhandlungspartner auszuüben und auch seine Position innerhalb der GNLF zu stärken. In der indischen Presse wurde seine Taktik oft als Doppelspiel bezeichnet. Beispielsweise wenn er sich gegenüber der Regierung verhandlungsbereit zeigte, andererseits jedoch den Druck auf die Regierung verstärkte, indem er seine Anhänger zur Fortführung der Agitation aufrief. Es gelang S. Ghising, unter der nepalesischen Bevölkerung eine große Anhängerschaft zu finden. Er war ein guter Redner und verstand es, mit simplen, bildlichen Sätzen der einfachen Bevölkerung seine Ideen zu suggerieren. So machte er beispielsweise seine Gurkha-Land-Forderung deutlich, indem er auf einer Kundgebung sagte: "Fragt nicht nach Milch oder Butter, wenn ihr Hunger habt. Nehmt einfach die Kuh - dann habt ihr beides und noch dazu im Überfluß!"<sup>19</sup>

Bei der nepalesischen Intelligenz, die zum großen Teil in den traditionellen politischen Organisationen der Nepalesen vertreten war, kam er damit nicht an. Deshalb ignorierte er sie weitgehend oder ließ sie durch Terror zum Schweigen bringen. Zur Durchsetzung seiner Ideen nutzte er die militanten, extremen Kräfte in der GNLF. Diese sahen sich durch den Verlauf der Agitation und den Abschluß des Gurkha Accords darin bestätigt, daß nur der militante Weg zu einem Erfolg geführt habe. Einige dieser sog. hardliner wie beispielsweise C. Subba waren mit dem Gurkha-Accord nicht zufrieden und warfen insbesondere S. Ghising vor, die Idee eines separaten Gurkha-Staates verraten und den "Sieg verschenkt" zu haben. Kritik darüber, daß der Accord unzureichend sei, kam jedoch auch von außerhalb der GNLF. So kritisierte z.B. der Chefminister Sikkims N.B. Bhandari die GNLF, daß sie nicht auf der Aufnahme von Nepali als anerkannte Staatssprache in die indische Verfassung bestanden hätte.

Die Kritiker des Gurkha Accords bemängelten, daß keine der 1986 von der GNLF postulierten Forderungen erfüllt worden war. Weder ein von Westbengalen separater Gurkha-Staat noch die Anerkennung der Staatsbürgerschaft für alle in Indien lebenden Gurkhas/Nepalesen, die Streichung des Artikel 7 des Indisch-Nepalesischen Freundschaftsabkommens von 1950, die Aufstellung eines eigenen Gurkha-Regiments in Darjeeling oder die Aufnahme von Gurkhali/Nepali in die Indische Verfassung sei erreicht worden.

Noch im August 1988 jedoch wurde zwischen der GNLF und der indischen Zentralregierung ein Zusatzabkommen unterzeichnet. Es beinhaltete, daß alle Nepalesen/Gurkhas, die seit 1950 in Indien lebten, die indische Staatsbürgerschaft erhalten sollten. Sonderregelungen sollten auch für spätere Migranten möglich sein.<sup>20</sup> Auch das Sprachproblem wurde, allerdings erst 1992, durch die Aufnahme von Nepali in die indische Verfassung gelöst. S. Ghising protestierte allerdings dagegen, weil seiner Ansicht nach nicht Nepali, sondern Gurkhali in die Verfassung aufgenommen werden sollte.<sup>21</sup>

Die Umsetzung des Gurkha Accords in die Praxis war mit einer Vielzahl von Problemen verbunden. Dies zeigte bereits die Vorbereitung der Wahlen für den Darjeeling Gurkha Hill Council im Dezember 1988. S. Ghising forderte für die ersten Wahlen Sonderbedingungen und verlangte, daß zu den Wahlen nur Kandidaten der GNLF zugelassen werden sollten, da Vertreter der Kongreß-Partei

und der CPI(M) "Parteieninteressen" vertreten würden und nicht die Interessen der nepalesischstämmigen Bevölkerung. Außerdem seien sie im Wahlkampf durch die finanziellen Mittel ihrer Parteien bevorteilt. Solche Mittel stünden der GNLf nicht zur Verfügung. Wahlveranstaltungen beider Parteien wurden von Schlägertrupps der GNLf gestört und Kandidaten mit massiven Drohungen eingeschüchtert. Es kam erneut zu Zusammenstößen zwischen Anhängern der GNLf und der CPI(M). Innerhalb der CPI(M) wurden nach Abschluß des Accords heftige Diskussionen über die Politik der westbengalischen Regierung geführt. Viele der nepalesischstämmigen Parteimitglieder fühlten sich von der westbengalischen Regierung verraten und waren enttäuscht darüber, daß der GNLf so viel Macht zugestanden wurde, obwohl sie für den Tod Hunderter Anhänger der CPI(M) verantwortlich war.

Die GNLf gewann die ersten Wahlen zum Darjeeling Gurkha Hill Council am 15. Dezember 1988 und erhielt 26 der 28 zur Wahl stehenden Sitze. Das Ergebnis drückte das große Vertrauen der nepalesischstämmigen Bevölkerung in die GNLf und die großen Hoffnungen aus, die in die Tätigkeit des Darjeeling Gurkha Hill Council gesetzt wurden. 14 weitere Ratsmitglieder wurden entsprechend dem Accord direkt von der Staatenregierung bestimmt. S. Ghising protestierte energisch dagegen und sprach von Betrug, weil fünf der Nominierten der CPI(M) naheständen.

Bereits während des Wahlkampfes und besonders danach kam es zu heftigen Kontroversen innerhalb der GNLf. Es ging dabei vor allem um die Sicherung von Einfluß und Macht innerhalb der GNLf und nach der Wahl innerhalb des Council. So beanspruchte z.B. einer der gewählten Räte, C.K. Pradhan, der große Teile der GNLf in Kalimpong beherrschte, den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Darjeeling Gurkha Hill Council für sich. Er erhielt jedoch nicht genügend Stimmen innerhalb des Council. S. Ghising sah in ihm einen starken Konkurrenten. Er war vor allem über mit ihm nicht abgestimmte Gespräche C.K. Pradhans mit dem westbengalischen Chiefminister J. Basu in Calcutta irritiert und schloß C.K. Pradhan kurzerhand aus der GNLf aus. Die Folge waren erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Pradhans und Ghising in Form von Überfällen, Brandanschlägen usw.

Die Arbeit des Darjeeling Gurkha Hill Council gestaltete sich äußerst schwierig. Obwohl ihm für die Beseitigung der durch die Kampfhandlungen zwischen 1986 und 1988 entstandenen Zerstörungen im Februar 1989 zusätzliche Finanzen von der Zentralregierung zugesagt wurden, waren für die Bevölkerung Darjeelings kaum Ergebnisse der Arbeit des Council sichtbar. S. Ghising Hauptintentionen als Vorsitzender des Darjeeling Gurkha Hill Council bestanden erstens darin, einen eigenen Flugplatz für Darjeeling zu bauen, zweitens, eine eigene Vertretung, ähnlich wie die der indischen Unionsstaaten, für den Council in New Delhi zu haben, und drittens, eine moderne Satellitenstadt namens Ghisingnagar außerhalb des Bergstädtchens Darjeeling zu bauen. Für diese Projekte erhielt er jedoch von der westbengalischen Staatenregierung keine Genehmigung und auch keine Geldzuweisungen. Für die Bevölkerung dringend notwendige Projekte, die während des Wahlkampfes im Gespräch waren, wie die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der Versorgung mit Elektroenergie, wurden nicht in Angriff genommen.

Ein Teil des Geldes wurde für die, laut Presseberichten, "luxuriöse" Ausstattung des Hauptquartiers des Council sowie zur Anschaffung einiger Autos verwendet. Es wurde auch Geld willkürlich, ohne entsprechende Belege und Abrechnungen ausgegeben. Größere Geldsummen sollen auf unbekanntem Bankkonten verschwunden sein, was zum zeitweiligen Einfrieren der Konten des Darjeeling Gurkha Hill Council durch die Staatenregierung führte.<sup>22</sup> Unter der Bevölkerung entstand bald eine gewisse Desillusionierung und Unzufriedenheit mit der Arbeit des Council, aber auch mit der GNLF. Vorwürfe der Korruption und der Mißwirtschaft wurden laut. Die Hoffnung, mit dem Gurkha Accord tatsächlich eine Verbesserung der Lebensbedingungen der nepalesischstämmigen Bevölkerung zu erreichen, schwand.

S. Ghising reagierte auf die Kritik an der Arbeit des Council und den schwindenden Einfluß der GNLF unter der Bevölkerung auf seine eigene Art und Weise. Erstens warf er der westbengalischen Staatenregierung vor, sie würde die Arbeit des Council behindern, da sie ihm zustehende Gelder zurückhalte. Deshalb kämen keine Entwicklungsprojekte zustande. Die Gurkhas in Darjeeling seien mit dem Accord betrogen worden, da sie weiter von Westbengalen abhängig seien. Eine Wiederbelebung der Gurkhaland-Kampagne wurde angedroht. Zweitens warnte er im Juli 1990 die indische Zentralregierung vor einer imaginären politischen Gruppe, deren Ziel ein "Greater Nepal" wäre. S. Ghising erklärte, diese wolle Darjeeling und auch Sikkim an Nepal anschließen. Diese "Greater Nepal" Gefahr koppelte er mit der Behauptung, daß Darjeeling laut den unterschiedlichsten historischen Verträgen, die er studiert habe, eigentlich gar nicht zu Indien gehöre, sondern zu Nepal und Bhutan. Darjeeling sei von Indien nur "geleast" worden. Er stellte im Januar 1992 an alle drei Staaten Ultimaten, sich zu erklären, ob sie Anspruch auf Darjeeling hätten, andernfalls wäre Darjeeling ein "no-mans-land". Es gehöre demzufolge nicht zu Indien und die aus Indien bzw. Westbengalen erhaltene finanzielle Unterstützung für den Council würde als "Auslandshilfe" angesehen. Auch die Gurkhaland-Bewegung wäre in diesem Falle legal und könne wieder aufgenommen werden.<sup>23</sup> Die politische Stimmung in Darjeeling wurde zusätzlich dadurch aufgeheizt, daß zu dieser Zeit Tausende Nepalesen aus Bhutan ausgewiesen wurden. Diese kehrten nach Nepal, aber auch nach Westbengalen und in andere indische Unionsstaaten zurück.<sup>24</sup>

Seit 1991 drohte S. Ghising mehrmals, sein Amt als Vorsitzender des Darjeeling Gurkha Hill Council niederzulegen, die Tätigkeit des Council abzubrechen und die Gurkhaland-Bewegung wiederzubeleben, wenn die indische Regierung sich nicht eindeutig zum Status Darjeelings äußere. Dies war z.B. 1992 und 1993 der Fall. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit der indischen Zentralregierung und der westbengalischen Staatenregierung setzte der Council jedoch seine Tätigkeit fort. 1993 wurden die Rechte des Council bedeutend erweitert. Auch die Aufstockung der finanziellen Mittel des Council wurde vereinbart.<sup>25</sup> Mitte 1993, vor den Wahlen zur Staatenversammlung und zum Darjeeling Gurkha Hill Council, gestaltete sich das Verhältnis zur westbengalischen Staatenregierung sogar so gut, daß die CPI(M) und die GNLF miteinander kooperierten.

Die GNLF gewann bei den zweiten Wahlen zum Darjeeling Gurkha Hill Council im Dezember 1993 nur noch 22 von 28 Sitzen. Dieses Wahlergebnis

verdeutlicht den sinkenden Einfluß der GNLF in den vergangenen Jahren. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Zum einen ist die GNLF durch Korruption, Verschwendung, Mißwirtschaft und Unfähigkeit, die wirklich wichtigen Probleme zu lösen, bei der nepalesischstämmigen Bevölkerung in Verruf geraten. Von der Tätigkeit des Darjeeling Gurkha Hill Council, in dem die GNLF noch die Mehrheit hat, ist wenig zu sehen. Viele der Räte haben von den zu lösenden Aufgaben keine Ahnung bzw. auch kein Interesse daran. Private Interessen haben gegenüber denen der Bevölkerung oft Vorrang. Uneinigkeit und Streitereien sind die Folge und behindern die Arbeit des Council erheblich. Es gibt keine einheitlichen Konzepte und Pläne für die Arbeit des Council. Ungünstig wirkt sich auch der autoritäre Führungsstil S. Ghising's aus, der viele Entscheidungen allein trifft. Zusammenkünfte des Council finden nur selten statt. Aber auch für engagierte Mitarbeiter des Council, die ernsthaft an Projekten zur Verbesserung der Situation in Darjeeling arbeiten, ist es schwierig, sich gegenüber der bengalischen Bürokratie durchzusetzen. Vor der Bereitstellung von Finanzmitteln müssen alle Beschlüsse des Council von ihr bestätigt werden. Viele Projekte werden durch die Bürokratie verschleppt oder abgelehnt.

Für Beobachter entsteht der Eindruck, daß das Sichtbarwerden der Unzulänglichkeiten der GNLF bzw. des Council von der westbengalischen Regierung bewußt in Kauf genommen wird. Dazu gehört auch die Duldung der Korruption und Mißwirtschaft der Mitglieder des Council. Denn erstens verliert die GNLF dadurch Anhänger. Zweitens gelingt es der westbengalischen Regierung durch die Korrumpierung der führenden Kräfte der GNLF, diese von einer Neuaufnahme der militanten Gurkhaland-Agitation abzuhalten. Die Wirksamkeit des Gurkha Accords ist dadurch jedoch auf ein Minimum reduziert worden. Selbst nepalesischstämmige Vertreter der CPI(M) sprechen indirekt von einem Scheitern des Accords und halten ein separates Gurkhaland zu einem späteren Zeitpunkt für die beste Lösung des Problems der nepalesischstämmigen Bevölkerung in Darjeeling. Dies ist auch die Ansicht mehrerer politischer Gruppen und Parteien, die sich neu oder erneut in Darjeeling etabliert haben und für das alte Ziel "Gurkhaland" aktiv werden. Viele ihrer Mitglieder waren kurzzeitig in der GNLF. So wurde beispielsweise in Kalimpong von N. T. Moktan die GNLF (Democratic) gegründet. Auch die All India Gurkha League ist unter Führung von C. Sherpa dabei, ihren Einfluß in Darjeeling zu erneuern. 1992 wurde die Gurkha Democratic Front von M. Tamang gegründet. Er ist einer der gemäßigten, liberalen Führer, der mit demokratischen Mitteln die Gurkhaland-Bewegung zum Ziel bringen will.<sup>26</sup>

Die Gurkhalandbewegung ist heute nicht mehr von der Militanz der achtziger Jahre gekennzeichnet und deshalb auch aus den Schlagzeilen der internationalen Presse verschwunden. Sie bleibt aber eine regionale Bewegung von erheblicher Brisanz, da einerseits jederzeit die Gefahr der Wiederbelebung der Militanz besteht und andererseits eine Ausweitung auf alle Gebiete Indiens, in denen Nepalesen leben, nicht auszuschließen ist.

## Anmerkungen

- 1) Dies fand die Autorin während zweier Feldforschungsaufenthalte 1993 und 1995 bestätigt.
- 2) Später wurde das Gebiet noch durch Annektion angrenzender Territorien Sikkims und Bhutans vergrößert.



- 3) Vgl. Ali, S., "A state of agitation", In: *Far Eastern Economic Review*, 12.3.1987, S. 28-29.
- 4) Vgl. *Census of India 1981, Series 23, Westbengal, Part II A, General population tables*, S. 195.
- 5) Vgl. Constituent Assembly of India, *North East Frontier (other than Assam) Tribal and excluded areas subcommittee, vol. 1, Report*, New Delhi 1947, S. 80ff.
- 6) Vgl. *The Statesman*, 26.4.1988.
- 7) Vgl. *The Bangladesh Observer*, 22.11.1987. Diese Entwicklung hält auch in der Gegenwart an. Wie die assamesische Zeitung *Sentinel* am 30. September 1994 berichtete, wurden in diesem Jahr insgesamt 25.000 Bangladeshis und Nepalesen aus Arunachal Pradesh ausgewiesen. Viele der Nepalesen waren beim Straßenbau beschäftigte Tagelöhner, die nach Beendigung ihrer Kontrakte nicht nach Nepal zurückkehrten und sich statt dessen in Arunachal Pradesh ansiedelten.
- 8) Vgl. *Times of India*, 22.7.1981; Chakrabarti, D., *Gorkhaland: Evolution of the politics of segregation*, Darjeeling 1988, S. 43.
- 9) Der Wortlaut des Artikel 7 ist folgender: "The Governments of India and Nepal agree to grant, on a reciprocal basis, to the nationals of one country in the territories of the other the same privileges in the matter of residence, ownership of property, participation to trade and commerce, movement and other privileges of a similar nature". Vgl. *mainstream*, 1.11.1986, S. 15. Ähnliche Identitätsprobleme, wie die Nepalesen in Indien haben einige Millionen Inder, die im südlichen Nepal leben.
- 10) Vgl. *The Times of India*, 13.10.1986. Wie Vertreter der Lepcha Association in Darjeeling der Autorin 1995 mitteilten, wurden besonders 1986-88, aber auch noch 1994 Häuser von Lepchas angezündet, wenn sie sich weigerten, die GNLF zu unterstützen.
- 11) Vgl. *The Guardian* (London), 11.9.1986.
- 12) Vgl. *India Today*, 15.1.1988, S. 66.
- 13) Vgl. *India Today*, 15.1.1988, s. auch *The Statesman*, 12.1.1988; 26.1.1988; 28.1.1988; 29.1.1988.
- 14) Vgl. *The Statesman*, 26.4.88.
- 15) Vgl. *Frankfurter Rundschau*, 13.10.86.
- 16) Vgl. "Gorkhaland agitation: Facts and issues", *Information Document II*, Jan 1987, Govm. of West Bengal, S. 13ff.; *Far Eastern Economic Review*, 12.3.87, S. 26.
- 17) Ebenda, S. 36.
- 18) Vgl. *The Statesman*, 26.1.1988.
- 19) Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 12.12.1986.
- 20) Vgl. Kaushik, A., "Quest for recognition by the Nepalese of Darjeeling", In: *South Asian Studies*, Vol. 28, No. 1/2, Jan. 1993, S. 163.
- 21) "Nepali" und "Gurkhali" sind Bezeichnungen für die gleiche Sprache. S. Ghising will jedoch durch die Bezeichnung "Gurkhali" den Sonderstatus der Gurkhas/Nepalesen in Indien hervorheben.
- 22) Vgl. *The Pioneer*, 19.6.1992; *The Times of India*, 19.6.1992; *The Hindu*, 17.7.1992.
- 23) Vgl. *Frontline*, 27.3.1992, S. 42.
- 24) In Bhutan hatte Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre eine Kampagne gegen Migranten nepalesischer Herkunft begonnen. Anlaß für diese Kampagne waren von der bhutanesischen Regierung geheimgehaltenen Bevölkerungszählungen, die nach Ansicht der bhutanesischen Regierung einen zu hohen Anteil der Bevölkerung nepalesischer Abstammung dokumentierten. Außerdem traten in den vergangenen Jahren verstärkt politische Gruppierungen der nepalesischstämmigen Bevölkerung mit Forderungen nach Demokratisierung des Landes bzw. nach der Abschaffung der Monarchie in Bhutan auf. Die Reaktionen der bhutanesischen Regierung, besonders gegen illegale, d.h. ohne Genehmigung der Regierung Bhutans siedelnde nepalesische Migranten sind vor allem auch unter dem Blickwinkel des Beispiels Sikkim zu sehen, wo 1975 nach einer Demokratisierung durch das Wahlverhalten der zur Mehrheit gewordenen nepalesischstämmigen Bevölkerung ein Anschluß an Indien erfolgte.
- 25) Vgl. *The Deccan Herald*, 29.4.1993; *The Indian Express*, 29.4.1993; *The Hindustan Times*, 30.4.1993.
- 26) Diese Einschätzung resultiert aus Gesprächen, die die Autorin 1995 mit Vertretern der verschiedenen politischen Gruppen in Darjeeling führte.